

Anfrage 1122/2024 zur Sitzung Stadtrat 04.09.2024

Wohnberechtigungsschein – mehr Schein als Sein? (Die Linke)

Begründung:

Aus den Antworten der Verwaltung auf die Anfrage 0468/2024 sowie 0907/2024 geht hervor, dass bei den aktuellen Wohnbauprojekten die Anzahl der geförderten Wohnungen im Vergleich zu frei-finanziertem Wohnraum hinter dem Quorum von 33% weit zurückbleibt. Gleichzeitig werden in den Jahren 2024 bis 2027 insgesamt 1544 Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen. Hier wird absehbar mutmaßlich eine dramatische Lücke klaffen, die schon heute nicht geschlossen werden kann. Um darauf reagieren zu können, fragen wir nach der Entwicklung und dem Ist-Stand auf dem Mainzer Wohnungsmarkt für die Menschen, die dringend auf günstigen Wohnraum angewiesen sind.

Wir fragen deshalb an:

1. Wie viele Menschen bzw. Bedarfsgemeinschaften haben in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022, 2023 einen Wohnberechtigungsschein erhalten?
2. Wie viele Menschen mit WBS haben noch keine entsprechende Wohnung gefunden?
3. Wie haben sich die Anträge auf Wohngeld im entsprechenden Zeitraum entwickelt?
4. Gibt es beim Wohngeld – anders als bei der Beantragung eines WBS – eine Erfassung der Anzahl der Anträge, der Ablehnungen und der Bewilligungen? Bitte nach den erfragten Jahren aufschlüsseln.
5. Wie viele geförderte Wohnungen werden in den kommenden 5 Jahren in Mainz zusätzlich benötigt, um dem Bedarf nachzukommen?
6. Da das Quorum von 33% mittelfristig die Situation nicht entspannen kann: gibt es nach Ansicht der Stadt weitere Ideen/Konzepte/Vorgaben, die geeignet sind, um für die Wohnungssuchenden gute Lösungen zu finden? Wenn ja, wie sehen diese Ansätze konkret aus? Wenn nein, weshalb nicht?

Carmen Mauerer